

*Beate Meyer*

**„Ihre Evakuierung wird hiermit befohlen.“**

Die Deportation der Juden aus Hamburg und Schleswig-Holstein 1941–1945

in:

Die „Reichskristallnacht“ in Schleswig-Holstein. Der Novemberpogrom im historischen Kontext. Herausgegeben von Rainer Hering (Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein Band 109). Hamburg 2016.

S. 257 – 276

Hamburg University Press  
Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg  
Carl von Ossietzky

# Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf den Verlagswebseiten frei verfügbar (Open Access). Die Deutsche Nationalbibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek verfügbar:

Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek – <https://portal.dnb.de/>  
Hamburg University Press –  
[http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP\\_LASH109\\_Pogromnacht](http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP_LASH109_Pogromnacht)

ISBN 978-3-943423-30-3 (Print)

ISSN 1864-9912 (Print)

© 2016 Hamburg University Press, Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland  
<http://www.elbe-werkstaetten.de/>

Covergestaltung: nach einem Entwurf von Atelier Bokelmann, Schleswig

# Inhaltsverzeichnis

<i>Rainer Hering</i>	
Einleitung .....	7
<i>Eberhard Schmidt-Elsaesser</i>	
Grußwort .....	13
<i>Walter Rothschild</i>	
Grußwort .....	19
<i>Bettina Goldberg</i>	
Juden in Schleswig-Holstein	
Ein historischer Überblick .....	29
<i>Gerhard Paul</i>	
Spuren	
Fotografien zum jüdischen Leben in Schleswig-Holstein 1900–1950 .....	53
<i>Klaus Alberts</i>	
Weg in den Abgrund	
Zur Außerrechtsetzung der deutschen Staatsangehörigen jüdischen Bekenntnisses	
1933 bis 1945 .....	71
<i>Joachim Lijß-Walther</i>	
Antijudaismus und Antisemitismus in der Geschichte von Kirche und Theologie	
Kurzer Abriss einer langen Verirrung – mit Hinweisen auf gewonnene theologische	
Einsichten nach der Schoah .....	105
Zwangsausweisungen im Oktober 1938: Die Geschichte der Familie Fertig.....	139
<i>Hermann Beck</i>	
Antisemitische Gewalt während der Machtergreifungszeit und die	
Reaktion der deutschen Gesellschaft .....	141
<i>Frank Bajohr</i>	
Die Deutschen und die Judenverfolgung im Spiegel von Geheimberichten .....	191

Kindertransporte: Die Geschichte von Fritz, Leo und Frieda .....	213
<i>Michael Wildt</i>	
Antisemitische Gewalt und Novemberpogrom .....	215
<i>Bernd Philippen</i>	
„Dat Judennest hebbt wi utrökert.“ Vom gewaltsamen Ende des Auswanderer-Lehrguts Jägerslust bei Flensburg .....	231
Abwicklung und Ausweisung: Die Geschichte von Dora Kufelnitzky .....	255
<i>Beate Meyer</i>	
„Ihre Evakuierung wird hiermit befohlen.“ Die Deportation der Juden aus Hamburg und Schleswig-Holstein 1941–1945 .....	257
Leben bis zur Deportation: Die Geschichte der Schwestern Lexandrowitz .....	277
<i>Gerhard Paul</i>	
„Ich bin ja hier nur hängengeblieben.“ Wie Benjamin Gruszka alias „Bolek“ von Warschau nach Lübeck kam, dort heimisch wurde und es im hohen Alter wieder verließ .....	279
<i>Gerhard Paul</i>	
„Herr K. ist nur Politiker und als solcher aus Amerika zurückgekommen.“ Die gelungene Remigration des Dr. Rudolf Katz .....	295
<i>Iris Groschek</i>	
Der Koffer als Symbol in der Erinnerungskultur .....	317
<i>Harald Schmid</i>	
Der bagatellierte Massenmord Die „Reichsscherbenwoche“ von 1938 im deutschen Gedächtnis .....	343
Über die Autorinnen und Autoren .....	365
Personenregister .....	367
Ortsregister .....	373
Bildnachweis .....	379
Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein .....	383

*Beate Meyer*

„Ihre Evakuierung wird hiermit befohlen.“

## Die Deportation der Juden aus Hamburg und Schleswig-Holstein 1941–1945

Die Antisemiten in Deutschland verfolgten bereits lange vor 1933 das Ziel, die Juden aus dem Land zu vertreiben. Sofort nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ergriffen sie eine Vielzahl antijüdischer Maßnahmen. Bis 1938 betrieben sie eine Judenpolitik der ökonomischen Existenzvernichtung und der gesellschaftlichen Ausgrenzung, die zur individuellen Auswanderung führen sollte. Dann folgte die Politik der „forcierten Emigration“, die mit Kollektivausweisungen, Massenabschiebungen und vagen Plänen einherging, Judenreservate auf der Insel Madagaskar, im Eismeer oder im Distrikt Lublin/Polen einzurichten. Der Kriegsverlauf machte solche utopischen Absichten jedoch zunichte. Nun ging der NS-Staat zur Politik der Deportationen über. Im September 1941, in der Sieges euphorie des Russlandfeldzuges, befahl Adolf Hitler, dass die Deportation der Juden aus Deutschland im nächsten Monat beginnen solle.

Dies war nicht nur eine zentrale Entscheidung, sondern zuvor hatten die Gauleiter, das Auswärtige Amt und andere den Prozess vorangetrieben und teilweise schon auf eigene Faust gehandelt. Die Ausplünderung, Vertreibung und Deportation der deutschen Juden blieb nicht nur eine Angelegenheit Hitlers oder der SS, sondern staatliche und gesellschaftliche Institutionen beteiligten sich ebenso wie viele ganz normale Deutsche daran, profitierten oder wussten davon.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Zu dieser Entwicklung vgl. u. a. Christopher Browning: Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik. München 2003, 253–263, 610–618; Peter Longerich: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. München–Zürich 1998, 23–285, 419–466; zum Wissen der deutschen Bevölkerung: Christopher Browning: „Davon haben wir nichts gewusst“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945. München 2006.

Ab Oktober 1941 rollten die Deportationszüge aus den deutschen Städten (und Luxemburg) gen Osten, wo die einheimischen Juden bereits massenhaft ermordet wurden.

Noch war ungeklärt, ob die deutschen, österreichischen, sudetenländischen sowie die westeuropäischen Juden in den Judenmord einbezogen würden. Zunächst einmal – so lautete die Anweisung – sollten sie in den vorgesehenen Gettos „überwintern“, um dann im Frühjahr weiter Richtung Osten deportiert zu werden. Dass ein Teil der Betroffenen an den unmenschlichen Lebensbedingungen in den Gettos sterben würde, nahmen die Verantwortlichen billigend in Kauf. Neuere Forschungen gehen davon aus, dass Hitler die Entscheidung, die deutschen und die westeuropäischen Juden ebenfalls zu ermorden, im Dezember 1941 traf.<sup>2</sup> Auf der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 erhob keiner der Beteiligten dagegen Einspruch. Gerungen wurde dort noch um das weitere Schicksal der vom Judenmord (vorerst) ausgenommenen Gruppen der in Mischehen lebenden Juden und der „Mischlinge“.<sup>3</sup>

Ab Frühjahr/Frühsummer 1942 wurden dann die deutschen Juden, die das Leben in den Gettos bis dahin überstanden hatten, in die Vernichtungsaktionen mit einbezogen. Zuerst traf es die Nichtarbeitsfähigen, Kranke oder Kinder, dann auch die anderen. Nur ein geringer Teil wurde jeweils als arbeitsfähig „selektiert“ und musste in Zwangsarbeiterlagern bei mangelnder Ernährung, unzureichender medizinischer Versorgung, fehlender Ausrüstung und gewalttätiger Bewachung schuften, was bei den meisten ebenfalls nach einiger Zeit den Tod zur Folge hatte.

---

<sup>2</sup> Vgl. Christian Gerlach: Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden. In: Christian Gerlach: Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1998, 85–166, auch abgedruckt in: WerkstattGeschichte 18/1997, 7–44.

<sup>3</sup> Die Protokolle der Wannsee-Konferenz und Folgekonferenzen sind abgedruckt in: Kurt Pätzold/Erika Schwarz: Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 30. Januar 1942. Berlin 1992; zur Verfolgung der „Mischlinge“ und Mischehen siehe Beate Meyer: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945. Hamburg 1999.

## Die Reaktionen der deutschen Juden auf die NS-Politik

Die deutschen Juden hatten 1933 die „Reichsvertretung der deutschen Juden“ gegründet, um ihre Interessen gegenüber dem NS-Staat gemeinsam vertreten zu können. Diese Dachorganisation verhalf Tausenden zur Emigration, doch erkannte der NS-Staat sie nie als offizielle Vertretung der deutschen Juden an und machte sie bereits vor dem Novemberpogrom 1938 handlungsunfähig.<sup>4</sup> So traf die „Reichskristallnacht“ die deutschen Juden weitgehend führungslos. Die meisten Männer, die bis dahin die jüdische Gemeinschaft oder ihre Organisationen vertreten hatten, befanden sich unter den ca. 30.000 inhaftierten Juden. Als sich die KZ-Tore für sie wieder öffneten, flüchteten viele von ihnen ebenso wie andere gerade Entlassene aus dem Land. Zeitgleich verschärfte der NS-Staat seine Judenpolitik.

Deshalb strebten die jüdischen Funktionäre, die in Deutschland blieben, nun an, schnellstens eine neue handlungsfähige Gesamtvertretung zu schaffen, und zwar eine, die vom Staat auch anerkannt wurde.<sup>5</sup> Auf staatlicher Seite übernahm das in Entstehung begriffene Reichssicherheitshauptamt jetzt die Federführung in der Judenpolitik. Auch bei den Verantwortlichen dort setzte sich die Einsicht durch, dass ein zentraler jüdischer Adressat einer zu gründenden Zentralstelle für jüdische Auswanderung zuarbeiten und generell die Umsetzung der künftigen Maßnahmen vorbereiten oder teilweise selbst übernehmen könnte. So diente die Gründung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland im Juli 1939 beiden Seiten.<sup>6</sup>

Die neue jüdische Organisation kümmerte sich vordringlich um die Auswanderung, aber auch um das Schul-, Ausbildungs- und Wohlfahrtswesen und leistete ab 1941 auch Zuarbeiten zu den Deportationen, was allerdings 1939 noch nicht absehbar war.

Die Zentrale der Reichsvereinigung befand sich in Berlin und war dem Reichssicherheitshauptamt direkt unterstellt. Mehr als dreitausend jüdische

---

<sup>4</sup> Vgl. Beate Meyer: Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945). Göttingen 2011, 33–47.

<sup>5</sup> Ebd., 25–32.

<sup>6</sup> 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4.7.1939. Reichsgesetzblatt I, 1146.

Einrichtungen von Vereinen bis zu Gemeinden – und vor allem deren Vermögen – wurden der Reichsvereinigung zwischen 1939 und 1943 eingegliedert.<sup>7</sup> Die großen jüdischen Gemeinden, wie zum Beispiel die Hamburger Gemeinde, durften als Zweigstellen der neuen Organisation weiterarbeiten. Schrumpfte eine Gemeinde auf weniger als tausend Mitglieder, ging sie in einer Bezirksstelle der Reichsvereinigung auf. Ende 1939 existierten im „Altreich“ insgesamt vierzig solcher Bezirksstellen. Sie alle unterstanden einerseits ihrer Berliner Zentrale, andererseits der örtlichen Gestapo. Mitglied der Reichsvereinigung musste jeder deutsche oder staatenlose Jude sein. Ausgenommen waren nur in privilegierten Mischehen lebende Juden. Mitglieder konnten nur durch Emigration oder Tod ausscheiden.<sup>8</sup>

Durch diese Neuorganisation entstand in Hamburg die Bezirksstelle Nordwestdeutschland der Reichsvereinigung, neben der der „Jüdische Religionsverband e. V.“ – wie sich die Gemeinde nun nennen musste – bis Ende November 1942 weiterexistierte, bis auch er in der Bezirksstelle aufging.<sup>9</sup> Max Plaut leitete Gemeinde und Bezirksstelle in Personalunion.<sup>10</sup> Zu seinem Distrikt gehörten die Juden in Schleswig-Holstein, Oldenburg, Bremen, in den Regierungsbezirken Stade, Lüneburg, Mecklenburg und später sogar – nach Auflösung der Bezirksstelle Hannover-Kassel – auch in Braunschweig-Land und Hildesheim.<sup>11</sup>

Der Jurist und Ökonom Max Plaut betreute also ein sehr großes Gebiet, in dem unter anderem die 7.985 Hamburger (Stand 1940) und 575 Schleswig-Holsteiner (Stand Mai 1939) Juden lebten.<sup>12</sup> Er bediente sich dabei der

<sup>7</sup> Vgl. Hans-Erich Fabian: Zur Entstehung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“. In: Herbert A. Strauss/Kurt R. Grossmann (Hrsg.): Gegenwart im Rückblick. Festgabe für die Jüdische Gemeinde zu Berlin 25 Jahre nach dem Neubeginn. Heidelberg 1970, 165–179.

<sup>8</sup> Vgl. Otto Hirsch: Die Gründung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. In: *Jüdisches Nachrichtenblatt* vom 11.7.1939.

<sup>9</sup> Zur Hamburger Jüdischen Gemeinde bzw. dem „Jüdischen Religionsverband e. V.“ vgl. Jürgen Sielemann: Jüdischer Religionsverband Hamburg. In: „Das jüdische Hamburg“ (Online-Ausgabe), <http://www.dasjuedischehamburg.de/inhalt/j%C3%BCdischer-religionsverband-hamburg> (Zugriff: 20.1.2014).

<sup>10</sup> Zu Plaut siehe Beate Meyer: Max Plaut. In: Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) 2003–2008. Hamburg 2009, 50–55.

<sup>11</sup> Zu Plauts Amtsbezirk und seiner Amtsführung vgl. Meyer: Tödliche Gratwanderung (Anm. 4), 321–333.

<sup>12</sup> Zahl für Hamburg: Beate Meyer: Die Deportation der Hamburger Juden 1941–1945. In: Beate Meyer: Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden. Geschichte. Zeugnis. Erinnerung.

Büros der bisherigen kleineren jüdischen Gemeinden, um seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Dabei hatte er naturgemäß nicht nur mit dem Judenreferat der Hamburger Stapoleitstelle zu verhandeln, sondern sporadisch auch mit anderen Gestapostellen beziehungsweise deren Judenreferaten. Dies war der Fall, wenn etwa Juden in Kiel oder Lübeck – den Hauptwohnorten der schleswig-holsteinischen Juden – in Schutzhaft genommen worden waren und er versuchen musste, die Vorwürfe gegen sie zu entkräften beziehungsweise ihre Entlassung zu bewirken.

Max Plaut war eine schillernde Figur und ein guter Manager. Er kannte keine Berührungängste, hatte Erfahrungen in einer paramilitärischen Organisation gesammelt, war vertraut mit Hierarchien und unterschiedlichen politischen Richtungen von rechts bis links. Er hatte sich als knapp Zwanzigjähriger in Oberschlesien dem Freikorps „Verband Manfred Killinger“<sup>13</sup> angeschlossen. Während der Weimarer Republik hing er der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei an und engagierte sich im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Als Berufsanfänger hatte er beim Sozialdemokraten Max Brauer volontiert.<sup>14</sup> Er führte die Bezirksstelle Nordwestdeutschland nach eigener Aussage wie ein Diktator. Kein Jude, so kolportierte er später, habe gewagt, sich seinen Anordnungen zu widersetzen. Solange die Emigration noch möglich war, agierte er relativ erfolgreich: Er erwarb – auch gegen Bestechungsgelder – Visa, Reisepässe, Taufbescheinigungen oder Bestätigungen für nie geleistete landwirtschaftliche Tätigkeiten, um Auswanderungen zu ermöglichen. Etliche dieser illegalen Aktivitäten unternahm er mit Billigung der Hamburger Gestapo. Vordringliches Ziel der Judenpolitik war ja noch die Auswanderung.<sup>15</sup>

---

Hamburg–Göttingen 2006, 42–78, 74; Zahl für Schleswig-Holstein: Gerhard Paul: Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz. Münster 2001, 219f; abweichende Zahlen bei Erich Koch, der von 766 Juden, davon 586 „Glaubensjuden“ 1938 spricht, vgl. Erich Koch: Schleswig-Holstein. In: Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge (Hrsg.), Wolfgang Scheffler/Diana Schulle (Bearb.): Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden. Bd. II. München 2003, 605.

<sup>13</sup> Manfred von Killinger, später SA-Obergruppenführer und Reichstagsabgeordneter der NSDAP, vertrat NS-Deutschland im Ausland als Diplomat, bis er 1944 Selbstmord beging.

<sup>14</sup> Vgl. Meyer: Tödliche Gratwanderung (Anm. 4), 324.

<sup>15</sup> Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Interview H. Schottelius mit Max Plaut vom 25.1.1954, Protokoll, 6f.

Plaut studierte die verschiedenen Judenreferenten der Gestapostellen gründlich und richtete seine Umgangsstrategie mit ihnen jeweils danach aus, wie sie ihr Amt führten und wie er ihre Persönlichkeit einschätzte.<sup>16</sup> Zum Hamburger Claus Göttsche entwickelte er nach eigener Aussage eine „Art Vertrauensverhältnis“ beziehungsweise eine „verlässliche Beziehung“. Er habe stets antizipiert, welche Probleme sich bei einer anstehenden Maßnahme ergeben könnten, und nach Lösungen gesucht, die gleichermaßen im Interesse der Juden und der Gestapo lagen. Die habe er dem notorisch faulen Göttsche dann offeriert und ihm so Arbeit abgenommen. Im Übrigen habe er aber darauf geachtet, Göttsche nie seine Überlegenheit zu zeigen, und alles vermieden, was dem Judenreferenten bei dessen Vorgesetzten Probleme hätte bereiten können.<sup>17</sup> Schwieriger sei es mit Göttsches Kollegen in Plauts sonstigem Einzugsgebiet gewesen: Der Kieler Judenreferent habe grundsätzlich jedes Anliegen abgelehnt. Plaut konnte nur in Einzelfällen durch geschicktes, berechnendes Agieren beispielsweise die Freilassung einzelner jüdischer Schutzhäftlinge erreichen.<sup>18</sup> Als geradezu „widerwärtige Sache“ erinnerte er die Amtsauffassung des Lübecker Judenreferenten Wilhelm Düwel. Wenn der oder seine Mitarbeiter einen Juden verhaftet hätten, hätten sie diesen meist gleich ausgeraubt, und in solchen Fällen habe Plaut bald gewusst, dass jede Bemühung seinerseits sinnlos war, denn der Betreffende musste als Zeuge sterben.<sup>19</sup>

1940 wurden die geisteskranken Juden (nicht nur) aus Plauts Gebiet abtransportiert. In der staatlichen Hamburger Heil- und Pflegeanstalt Langhorn waren zuvor achtzig Hamburger und 56 Schleswig-Holsteiner Jüdinnen und Juden konzentriert worden, die nun vorgeblich nach Cholm im Distrikt Lublin verlegt, tatsächlich aber in der Tötungsstätte Brandenburg

<sup>16</sup> IGdJ, 14.001.2, Interview Christel Riecke mit Max Plaut, geführt 1973: „Die jüdische Gemeinde in Hamburg 1933–1943“, Kasette 1, 1. Seite, Transkript 1–4.

<sup>17</sup> Yad Vashem 01/199, Max Plaut: Die Juden in Deutschland 1941–1943, 1; Aufzeichnungen von Kurt Jacob Ball-Kaduri vom 13.7.1957, 2.

<sup>18</sup> IGdJ, 14.001.2, Interview Riecke/Plaut, Kasette 1, 1. Seite; Plauts Erinnerung bezieht sich auf Karl Orsin, der ab 1939 dort arbeitete. Über Fritz Barnekow, der die Abwicklung der Deportationen organisierte, äußert er sich nicht. Vgl. zu den beiden Gerhard Paul: Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein. Hamburg 1996, 46, 84f.

<sup>19</sup> IGdJ, 14.001.2, Interview Riecke/Plaut, Kasette 2, 4. Seite; Plaut spricht von „umgelegt“.

ermordet wurden.<sup>20</sup> Plaut fragte später mit Erlaubnis der Hamburger Gestapo in Lublin nach ihrem Verbleib und bot an, die Unterbringung und Verpflegung aus seinen Mitteln zu bezuschussen. Er erfuhr, dass der Transport dort nie eingetroffen war und in dem Gebiet keine entsprechende Einrichtung für Geisteskranke existiere. So vermutete er schnell und richtig, dass die Abtransportierten nicht mehr am Leben seien. Seine Kenntnis gab er an die Berliner Zentrale der Reichsvereinigung weiter. Aber die fingierten Verpflegungsrechnungen musste er – ebenso wie seine jüdischen Kollegen in den anderen Bezirksstellen – trotzdem noch mehrere Monate für sie begleichen.<sup>21</sup>

### Die Mitwirkung der deutsch-jüdischen Repräsentanten bei den Deportationen

Plauts Gebiet zeichnete sich durch eine starke Binnenwanderung aus: Viele Juden aus den ländlichen Gebieten Schleswig-Holsteins, aber auch den südlich von Hamburg gelegenen ostfriesischen, hatten nach 1933 in der Großstadt Hamburg Schutz vor antisemitischen Angriffen oder einen Arbeitsplatz gesucht,<sup>22</sup> wenn sie nicht gleich den Schritt gewagt hatten, ins Ausland zu gehen.

Insgesamt konnte ca. die Hälfte der 525.000 deutschen Juden emigrieren, davon zwischen 1939 und 1941 ca. 100.000 Personen. Damit war aber das Ende der Einzelauswanderung deutlich erreicht, und Gruppenauswanderungen – wie sie die Reichsvereinigung 1939/40 noch zu organisieren versuchte – kamen nicht zustande. So trat der NS-Staat im Oktober 1941 in die eingangs erwähnte neue Phase der Judenpolitik ein: die der Großdeportationen.

Die Vorstände der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und der Berliner Jüdischen Gemeinde, befragt, ob sie daran mitwirken würden, tag-

---

<sup>20</sup> Vgl. Bettina Goldberg: *Abseits der Metropolen. Die jüdische Minderheit in Schleswig-Holstein*. Neumünster 2011, 481.

<sup>21</sup> Vgl. Meyer: *Tödliche Gratwanderung* (Anm. 4), 115f.

<sup>22</sup> Vgl. Paul: *Landunter* (Anm. 12), 220f; die Judenverfolgung in Schleswig-Holstein ist in den letzten zwanzig Jahren insbesondere von Bettina Goldberg und Gerhard Paul, Bernd Philipsen und zahlreichen Lokalhistorikerinnen und -historikern aufgearbeitet worden, auf deren Arbeiten ich mich im Folgenden stütze.

ten gemeinsam und entschieden sich für die Gesamtorganisation „trotz erheblicher Bedenken“ (Moritz Henschel) und „schweren Herzens“ (Martha Mosse), an ihrer bisherigen Strategie der Kooperation festzuhalten und geforderte Zuarbeiten zu leisten.<sup>23</sup> Sie hofften, so der Vorsitzende Leo Baeck, dass jüdische Ordner sanfter und hilfreicher als die Gestapo sein und den Betroffenen ihren Leidensweg erleichtern würden.<sup>24</sup> Die Versammelten erkannten die neue Situation zwar als Einschnitt, interpretierten sie aber vor dem Hintergrund der vergangenen zwei Jahre, in denen ihre Tätigkeit ja nicht völlig aussichtslos gewesen war. Sie hofften auch, künftig informiert zu werden und das Geschehen mit steuern zu können. Die NS-Sprachregelung, die Juden sollten in „Teilaktionen“ deportiert werden, interpretierten sie als „Teilevakuierung“, die nicht die gesamte Judenheit betreffen würde. Danach – so glaubten sie jedenfalls – würden sie eine deutsche Rest-Gemeinde betreuen können. Sie akzeptierten auch die auferlegte Geheimhaltungspflicht gegenüber ihren Mitgliedern. Flankierend verbot der NS-Staat nun die Auswanderung und stellte den freundschaftlichen Kontakt „Deutschblütiger“ mit Juden unter Strafe.

Der Spielraum jüdischer Repräsentanten wie Max Plaut minimierte sich jetzt schlagartig. Die Forderung der Hamburger Gestapo, vorbereitende Namenslisten für die Deportation zu erstellen, wies er für seinen Bereich zurück.<sup>25</sup> Allerdings hatte er zuvor – wie alle Bezirksstellenleiter – Angaben der Mitgliederkartei nach Berlin geliefert, die Verteilung der Judensterne in seinem Bezirk organisiert und Listen der „Sternträger“ angelegt.<sup>26</sup> Nun versandte die Gestapo die Deportationsbefehle in Hamburg per Einschreiben

---

<sup>23</sup> Moritz Henschel als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlins und Martha Mosse als zuständige Abteilungsleiterin derselben, die die Deportation der Berliner Juden organisieren musste, nahmen an der Beratung teil; vgl. Landesarchiv Berlin, B Rep 058, 1 Js 9/65 (Stapoleit.) P. 32, Vernehmung Martha Mosse vom 11.7.1967, 3; Yad Vashem, 01/51, Moritz Henschel, Vortrag „Die letzten Jahre der Jüdischen Gemeinde Berlin“, gehalten in Tel Aviv am 13.9.1946, Transkript, 3.

<sup>24</sup> Leo Baeck: A People stands before its God. In: Eric H. Boehm (Hrsg.): We survived. The stories of Fourteen of the Hidden and the Hunted of Nazi Germany. As told to Eric H. Boehm. New Haven 1949, 284–298, 288.

<sup>25</sup> Max Plaut: Die Deportationsmaßnahmen der Geheimen Staatspolizei in Hamburg. Abgedruckt in: Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Hamburg. Hamburg 1965, XI.

<sup>26</sup> Später mussten seine Mitarbeiter diese Arbeit doch unter Gestapoaufsicht leisten, vgl. Käthe Starke: Der Führer schenkt den Juden eine Stadt. Bilder, Impressionen, Reportagen, Dokumente. Berlin 1975, 25.

und forderte von Plaut (wie von anderen Bezirksstellenleitern), Sammel-lager für die Deportationen einzurichten.

Für die vier Großdeportationen aus Hamburg von Oktober bis Dezember 1941 „durfte“ er das Logenhaus benutzen, das zwischen den einzelnen Transporten anderen Zwecken diente. Hier mussten sich die 3.162 Hamburger Juden versammeln, die noch im Jahr 1941 deportiert wurden: am 25. Oktober ins Getto Lodz, am 8. und 18. November ins Getto Minsk und am 6. Dezember nach Riga. Hier kontrollierte die Gestapo deren Gepäck, und Beamte des Oberfinanzpräsidenten nahmen die ausgefüllten Vermögenserklärungen entgegen.

Plaut organisierte die Verpflegung, die Helferinnen im Jüdischen Gemeinschaftshaus in der Hartungstraße (den heutigen Kammerspielen) zubereiteten und die der Gemeindeangestellte Martin Starke mit seinem dreirädrigen Tempowagen die kurze Strecke zum Logenhaus transportierte.<sup>27</sup> In den Sälen des Logenhauses waren Doppelstockbetten aufgestellt. Einige Schutzpolizisten bewachten das Gebäude. Am nächsten Morgen brachten Lastwagen die Juden zum Hannoverschen Bahnhof. Dort trat der jüdische Transportleiter in Aktion, den Plaut bestimmt hatte. Die Jüdische Gemeinde hatte vorher Bedürftige mit warmer Kleidung ausgestattet und für Werkzeuge, Öfen und anderes Gerät gesorgt, die mittransportiert wurden und den Deportierten am Bestimmungsort nützlich sein sollten.

Die in Schleswig-Holstein verbliebenen Juden genossen noch eine kurze Schonfrist: Sie wurden erst dem Hamburger Transport am 6. Dezember 1941 nach Riga angeschlossen,<sup>28</sup> später wurde eine kleinere Gruppe in den Großtransport nach Theresienstadt am 19. Juli 1942 einbezogen.<sup>29</sup>

Allerdings befanden sich in jeder von Hamburg abgehenden Deportation Juden, die aus Schleswig-Holstein zugezogen waren. Etliche waren erst nach dem Novemberpogrom in die Hansestadt übergesiedelt wie die Friedrichstädter Leopold und Therese Meier und ihre Kinder Rolf und Rita. Ich will ihr Schicksal exemplarisch für die Zugezogenen schildern.<sup>30</sup>

<sup>27</sup> Vgl. Ingrid Wecker, Helferin der Jüdischen Gemeinde bei den Deportationsvorbereitungen, in: Meyer (Hrsg.): *Verfolgung* (Anm. 12), 127–130.

<sup>28</sup> Koch (Anm. 12), 605; Goldberg: *Abseits* (Anm. 20), 482–486.

<sup>29</sup> Goldberg: *ebd.*, 487f.

<sup>30</sup> Alle folgenden Angaben aus dem ausführlicheren Lebensbericht bei Susanne Lohmeyer: Leopold und Therese Meier. In: *Stolpersteine in Hamburg-Eimsbüttel und Hamburg-Hohe-*

Leopold Meier war während des Novemberpogroms 1938 in Friedrichstadt verhaftet und (wie alle norddeutschen Juden) ins KZ Sachsenhausen eingeliefert worden. Als er im Dezember wieder entlassen wurde, fand er sein Vermögen gesperrt, sein Geschäft geschlossen und seinen Friedrichstädter Grundbesitz „arisiert“ vor – ein Hotelbesitzer und ein Friseur hatten ihn günstig erworben. Meiers Wohnhaus war verwüstet. Das Ehepaar ging 1939 nach Hamburg, wo schon ihr Sohn Rolf und ein Onkel lebten. Vergeblich versuchten sie, die Auswanderung in die Wege zu leiten. Nur die Tochter Rita gelangte mit einem Kindertransport nach England in Sicherheit. Während die Eltern in Hamburg von Untermietzimmer zu Untermietzimmer zogen, absolvierte Sohn Rolf in Hachscharah-Lagern eine Kurzausbildung zum Schlosser als Vorbereitung auf ein Leben in Palästina, doch dorthin gelangte er nicht mehr, sondern kehrte nach Hamburg zurück. Die Namen der drei Meiers standen bereits auf der „Reserveliste“ für die erste Deportation aus Hamburg am 25. Oktober 1941 nach Lodz.<sup>31</sup> Rolf hatte sich freiwillig gemeldet, vermutlich, um die Eltern nicht allein ins Ungewisse reisen zu lassen. Doch war das „Soll“ von tausend Personen pro Zug bereits erreicht, und Bekannte nahmen an, dass der Frontkämpferstatus von Leopold Meier eine Rolle gespielt hatte, sodass die drei wieder „nach Hause“ geschickt wurden – nur dass sie kein Zuhause mehr hatten. Zur nächsten Deportation meldeten sie sich freiwillig. Am 8. November 1941 ging es ins Getto Minsk. Keiner von ihnen überlebte.

## Die Deportation von Hamburg nach Riga-Jungfernhof

Als die Großdeportation nach Riga organisiert wurde, befanden sich unter den Hamburger Empfängern des „Evakuierungsbescheids“ mindestens 41 Jüdinnen und Juden aus Schleswig-Holstein.<sup>32</sup> Den zur Deportation Aufgerufenen wurde erklärt, sie würden im „Ostland“ angesiedelt und sollten

---

luft-West – Biographische Spurensuche. Bd. II. Hamburg 2013, 389–392; siehe auch online: [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de).

<sup>31</sup> Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 992e2, Deportationslisten.

<sup>32</sup> Goldberg: Abseits (Anm. 20), 482.

Winterkleidung und einen Spaten mitnehmen. Wie schon bei den vorangegangenen Deportationen begingen verzweifelte Juden Selbstmord.<sup>33</sup>

Unter den zu Deportierenden befanden sich auch Hamburgs Oberrabbiner Joseph Carlebach mit seiner Frau Lotte und vierein ihrer Kinder. Sechs Wochen zuvor hatte er noch anlässlich der ersten Deportation aus Hamburg einen Fastentag als Zeichen der Trauer ausgerufen. Carlebach hatte in Hamburg bei seiner Gemeinde ausgeharrt, er schlug auch jetzt eine bessere Behandlung aus und ging den letzten Weg mit seinen Gemeindemitgliedern.<sup>34</sup>

Gleichzeitig mit den Hamburger Deportationsbefehlen erhielten auch die in Kiel und Lübeck lebenden Juden die Aufforderung, sich in den dortigen Sammellagern einzufinden. Sie harrten im Luftschutzkeller des Kieler Rathauses und in den Räumen der ehemaligen Lübecker Jüdischen Gemeinde in der St.-Annen-Straße aus.<sup>35</sup> Wie die Hamburger Juden hatten sie ihre Wohnungsschlüssel auf der zuständigen Polizeiwache abgegeben, vorschriftsmäßig gepackt und die Vermögenserklärungen ausgefüllt mitgebracht. Angehörige der Schutzpolizei und der Leiter des Lübecker Büros der Bezirksstelle Nordwestdeutschland sowie einige Helfer begleiteten die Lübecker in der Bahn bis Bad Oldesloe, wo sie dem Hamburger Transport angeschlossen wurden.<sup>36</sup> Alfred Gottwaldt und Diana Schulle nennen 121 Juden aus Kiel und Lübeck, vierzehn aus anderen Orten Schleswig-Holsteins und aus Niedersachsen sowie zweihundert Danziger Juden, die später in diesen Transport eingereiht wurden.<sup>37</sup>

Drei Tage dauerte die Reise. Der Transport wurde nach Riga geleitet, weil das Getto Minsk überfüllt war. Doch auch das Rigaer Getto war mit 30.000 Juden überbelegt. Die SS schuf auf ihre Weise Platz: Sie erschoss ca. 27.500 der einheimischen Juden. Diese Massenmord-Aktion lief noch, als die ersten Züge mit deutschen Juden eintrafen. Ein tausendköpfiger Berli-

---

<sup>33</sup> Vgl. Beate Meyer: In den „Freitod getrieben“. In: Meyer (Hrsg.): *Verfolgung* (Anm. 12), 53–57.

<sup>34</sup> Vgl. Andreas Brämer: *Joseph Carlebach*. Hamburg 2007, 176f.

<sup>35</sup> Gerhard Paul: *Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein*. Hamburg 1996, 185; Goldberg: *Abseits* (Anm. 20), 483.

<sup>36</sup> Albrecht Schreiber: *Zwischen Davidstern und Doppeladler. Illustrierte Chronik der Juden in Moisling und Lübeck*. Lübeck 1992, 138.

<sup>37</sup> Alfred Gottwaldt/Diana Schulle: *Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945*. Wiesbaden 2005, 126.

ner Transport wurde kurzerhand in den Wald geleitet, und alle Teilnehmer wurden erschossen.<sup>38</sup> Auch die nächsten vier Transporte aus Nürnberg, Stuttgart, Wien und Hamburg mit zusammen rund viertausend Personen, die im Abstand von zwei Tagen eintrafen, konnte das Getto noch nicht aufnehmen.

Nennenswerte Vorkehrungen zu ihrer Unterbringung waren nicht getroffen worden. Der Kommandeur der Sicherheitspolizei in Riga, Rudolf Lange, hatte in aller Eile Unterkünfte in der Nähe gesucht und das heruntergekommene Staatsgut Jungfernhof als Aufnahmeplatz bestimmt. Es lag eineinhalb Kilometer vom Bahnhof Skirotava und sechs vom Getto Riga entfernt.<sup>39</sup>

Der Jungfernhof war ein Behelfslager, es existierte keine oder nur eine rudimentäre Registratur, die nicht erhalten geblieben ist. Fast alles, was wir über die innere Struktur des Lagers wissen, haben die wenigen überlebenden Häftlinge berichtet, darunter Josef Katz aus Lübeck.<sup>40</sup> Die Informationen stammen also von einer Minderheit der Lagerinsassen, die nicht nur den Jungfernhof, sondern auch mehrere nachfolgende Lager durchlaufen hatten, d. h. in ihrem Gedächtnis mischten sich die verschiedenen Lagererfahrungen. Sie hielten zudem ihr Schicksal mündlich oder schriftlich zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten, Anlässen und für unterschiedliche Adressaten fest. So verschoben und veränderten sich die Erinnerungen, und gerade bei Zahlen, Daten und der Beschreibung der Örtlichkeiten findet sich zu beinahe jeder Aussage auch eine anderslautende. Mit dem Wissen um dieses Quellenproblem will ich im Folgenden die Situation der Deportierten im Lager Jungfernhof kurz schildern.

---

<sup>38</sup> Bundesarchiv Berlin, Document Center, Ereignismeldung 151/5.1.42: Einsatzgruppe A, zum Teilabschnitt „Juden im Generalkommissariat Litauen und Lettland“, 14.

<sup>39</sup> Die Überlebende des Gettos von Riga, Gertrud Schneider, sammelte die Erinnerungen ehemaliger Leidensgefährten und veröffentlichte sie 2001 auf Englisch: *Journey into Terror. Story of the Riga Ghetto*. Westport 2001, 2008 auf Deutsch: *Reise in den Tod. Deutsche Juden in Riga 1941–1944*. Dülmen 2008. Miriam Gillis-Carlebach, Tochter des ermordeten Joseph Carlebach, trug ebenfalls die Erinnerungen überlebender Hamburger aus Riga zusammen und veröffentlichte sie: *Miriam Gillis-Carlebach: Licht in der Finsternis*. In: Gerhard Paul/Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.): *Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918–1998)*. Neumünster 1998, 549–563.

<sup>40</sup> Josef Katz: *Erinnerungen eines Überlebenden*. Kiel 1988.

Der Jungfernhof, ursprünglich ein lettisches Staatsgut, war seit dem sowjetischen Einmarsch in das Land nicht mehr bewirtschaftet worden. SS-Unterscharführer Rudolf Seck aus Süderdithmarschen, der einen SS-Landwirtschaftskurs absolviert hatte, sollte hier einen agrarischen Musterbetrieb aufbauen, um die SS mit landwirtschaftlichen Produkten zu versorgen. Die zweihundert Hektar Land hatte er mithilfe einheimischer Arbeitskräfte schon für das kommende Frühjahr vorbereitet. Seck selbst lebte im gemauerten Bauernhaus, doch die übrigen Gebäude befanden sich in baufälligem Zustand. Als Seck nun Tausende reichsdeutscher und Wiener Juden aufzunehmen hatte, fand er sich unversehens in der Rolle eines Lagerleiters, dem es an allem fehlte, was Menschen benötigten. Dennoch füllte er die neue Funktion umstandslos und brutal aus. Fünfzehn bis zwanzig lettische Hilfskräfte übernahmen die Bewachung „seiner“ Häftlinge.

Etliche Ankömmlinge aus dem Hamburger Transport erlitten bereits bei der Ankunft am Bahnhof einen Schock: Weil keine Bahnsteige vorhanden waren, mussten die Deportierten aus den Zügen in den tiefen Schnee springen. Die Hände des fünfzehnjährigen Werner Koppel klebten in der eisigen Kälte am Metall fest, er konnte die Türen eines Waggons nicht schnell genug öffnen, Kommandant Rudolf Lange erschoss ihn auf der Stelle.<sup>41</sup> Dann trieb die SS die Menschen Richtung Jungfernhof. Das Gepäck blieb zurück, die meisten sahen es nie wieder. Bei dem Marsch erlitt der gehbehinderte Simson Carlebach aus Lübeck einen tödlichen Herzinfarkt. Er starb in den Armen seines Bruders Joseph Carlebach, der ihm so wenigstens das Kadish sagen konnte.<sup>42</sup>

Die damals sechzehnjährige Rita Kaplan schrieb später:

„Alles, was ich [an dem Jungfernhof, B. M.] erinnere, war furchtbar. [...] Es schneite, war kalt, und die SS jagte uns mit Hunden. Wir landeten schließlich in einer Baracke und erhielten Wassersuppe und eine Scheibe Brot. Wir mussten zu zweit in einem Holzverschlag schlafen.“<sup>43</sup>

---

<sup>41</sup> Schneider (Anm. 39), 65. Der Überlebende Leonhard Zimmak verfasste einen Bericht, in dem von zwei Erschossenen die Rede ist, abgedruckt in: Lohmeyer (Anm. 30), 548–551, online auf [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de) unter Heinrich (Heno) Herbst.

<sup>42</sup> Vgl. Gillis-Carlebach: Licht (Anm. 39), 553f.

<sup>43</sup> Schreiben Rita Springfield geb. Kaplan an Steffi Wittenberg vom 10.7.2001. Abgedruckt in: Meyer (Hrsg.): Verfolgung (Anm. 12), 138f.

Rita und ihre Mutter konnten wenigstens in einem Holzverschlag schlafen, weil die ersten Ankömmlinge aus Nürnberg und Stuttgart bereits notdürftige Unterkünfte hergerichtet hatten.<sup>44</sup> Unter den jetzt ca. viertausend versammelten Menschen befanden sich 136 Kinder unter zehn Jahren.<sup>45</sup> Seck ernannte Max Kleemann aus Würzburg zum Lagerältesten.<sup>46</sup> Joseph Carlebach sorgte für das geistige und religiöse Leben der Lagerinsassen.<sup>47</sup>

Männer und Frauen wurden nach der Ankunft getrennt. Die Frauen „bezogen“ einen lang gezogenen Viehstall, die Männer ein großes scheunenartiges Gebäude. Die späteren Ankömmlinge mussten in sechs bis acht baufällige Baracken ziehen, in die es teilweise hineinwehte und -schneite.<sup>48</sup> Der Hamburger Bertold Kohn, der dieses und weitere Lager überstand, sagte 1948 aus:

„Es lagen zwischen 2.000 und 3.000 Männer in der Scheune. Täglich erforderte eine große Anzahl. Ein besonderer Dienst musste die Toten morgens aus den ca. 50 cm hohen Regalen ziehen, in denen man nachts schlief.“<sup>49</sup>

Es galt eine nächtliche Ausgangssperre.

Leonhard Zimmak, der im Gegensatz zu seiner Familie die Deportation überlebte, beschrieb später in Briefen, dass jeder Transport eine eigene Küche eingerichtet habe. Er und sein Vater hätten daran mitgearbeitet und sich Schlafplätze in der Nähe des Herds gesichert. Zimmak „organisierte“ aus den Koffern der erschossenen Berliner Tauschware und schlich damit nachts aus dem Lager, um bei den Bauern zu hausieren und etwas Brot dafür zu bekommen. Später musste er auch auf die letzten eigenen Ressourcen zurückgreifen:

---

<sup>44</sup> Andre Angrick/Peter Klein: Die „Endlösung“ in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944. Darmstadt 2006, 220.

<sup>45</sup> Gottwaldt/Schulle (Anm. 37), 114.

<sup>46</sup> Zu Max Kleemann siehe [http://www.stolpersteine-wuerzburg.de/wer\\_opfer\\_lang.php?opfer-id=26](http://www.stolpersteine-wuerzburg.de/wer_opfer_lang.php?opfer-id=26) (Zugriff: 23.7.2013).

<sup>47</sup> Gillis-Carlebach: Licht (Anm. 39), 554.

<sup>48</sup> Angrick/Klein (Anm. 44), 217; alle nicht anders belegten Angaben ebd., 212–245.

<sup>49</sup> Yad Vashem, 02/855 (Wiener Library P. III.h.No.1021/b, Eidesstattliche Erklärung Bertold Kohn vom 28.1.1948).

„Unsere Wintersachen, die wir noch an hatten, habe ich für etwas Fett und Fleisch getauscht, so daß die Kranken wenigstens etwas hatten [...] Inzwischen waren täglich Appelle und [es] wurden Leute fortgeschafft. Man sagte uns, ins Getto nach Riga und wir waren so naiv es zu glauben. Da wir aber [...] zusammenbleiben wollten, habe ich unsere Altchen immer versteckt, bis einmal überraschend Appell war. Mutti ist gerade über'n Hof gegangen, wurde geschnappt, aufs Auto gesetzt [...], seitdem habe ich nie etwas gehört. Es war am 10. Februar 1942.“

Zimmaks Vater starb ebenfalls und wurde – so der Schreiber – mit sechshundert anderen erschossenen, gehängten, erfrorenen Juden in einem Massengrab begraben.<sup>50</sup>

Die Häftlinge hatten also Küche und Krankenrevier eingerichtet, versuchten, die Unterkünfte abzudichten und Brennholz zu besorgen. Latrinen mussten sie auch erst bauen. In den Unterkünften gab es kein fließendes Wasser und keine Waschelegenheiten. Sie durften dann aber die mitgebrachten kleinen Holzöfen aufstellen, deren Wärme jedoch nicht ausreichte, denn in diesem Winter herrschten bis zu minus vierzig Grad Celsius.

Im Jungfernhof starben im Dezember, Januar und Februar zwischen achthundert und neunhundert Jüdinnen und Juden an Hunger, Kälte oder Krankheiten. Circa fünfhundert nicht arbeitsfähige Personen wurden auf Lastwagen in den Wald von Bikernieki gefahren und erschossen. Neben Kälte und Hunger fürchteten die Juden vor allem den Kommandanten Rudolf Seck. Er hasste Akademiker, ältere, dickere Menschen oder Brillenträger, prügelte und misshandelte Häftlinge oder schoss auf sie.<sup>51</sup>

Tagsüber blieben die Insassen des Lagers meist sich selbst überlassen, abgesehen von stundenlangen Appellen, Schneeschaufeln und der Aufgabe, das Gepäck der ermordeten Berliner zu sortieren. Die Deportierten bemühten sich, ein soziales, kulturelles und religiöses Leben zu organisieren, ein Verdienst vor allem Joseph Carlebachs. Miriam Gillis-Carlebach beschreibt ausführlich die Anstrengungen und Leistungen ihres Vaters, ihrer

---

<sup>50</sup> Zimmak: Briefe (Anm. 41).

<sup>51</sup> Angrick/Klein (Anm. 44), 222.

Mutter und deren Unterstützer.<sup>52</sup> Carlebach erreichte es, dass die Mütter mit Säuglingen ein beheizbares Zimmer im Bauernhaus bekamen. Er widmete sich besonders der Beschäftigung und Erziehung der Kinder: Betty Wilner aus Fürth, eine Neuphilologin, erarbeitete einen Stundenplan, und obwohl es weder Bücher noch Schreibmaterial gab, unterrichteten nun diejenigen, die dazu in der Lage waren, die Kinder täglich so gut es eben ging. Der Kunstmaler Brill aus Lübeck modellierte mit ihnen Figuren aus Schnee. Joseph Carlebach sang mit den Kindern und bereitete mit ihnen eine Chanukka-Feier vor, die in der großen Männerbaracke stattfand. Er unterwies auch die Lehrer, hielt im Eiskeller Bar-Mizwa-Feiern ab und sorgte für die Bestattung der Toten. Sie wurden anfangs am Rande eines Kartoffelackers in dem bei Zimmak erwähnten Massengrab beigesetzt, bis die Erde so gefroren war, dass sie stattdessen zu einem Berg aufgeschichtet werden mussten.

Im Januar und Februar 1942 bestimmte Seck immer wieder Juden, die abtransportiert wurden, teils in den Tod, teils in andere Lager. Am 26. März 1942 hieß es dann, ein Großteil der Lagerbewohner solle zur Arbeit in einer Fischkonservenfabrik nach Dünamünde transportiert werden, wo die Unterkünfte und Verpflegung besser sein würden. Die Insassen glaubten dies, es meldeten sich sogar Freiwillige, aber es handelte sich um eine Lüge: 1.700 bis 1.800 Juden vom Jungfernhof und noch einmal 3.000 aus dem Getto Riga wurden in der sogenannten Aktion Dünamünde erschossen.<sup>53</sup> Unter ihnen befanden sich auch die Carlebachs, bis auf Sohn Schlomo Peter, und der Lagerälteste Max Kleemann.

Nach dem Massenmord transportierten Lastwagen die Kleidung und Habe der Erschossenen ins Getto Riga, wo die schockierten Bewohnerinnen und Bewohner nun den letzten Besitz ihrer Mithäftlinge sortieren mussten: verwendbare Teile fürs Deutsche Reich, die weniger guten für die lettischen Hilfskräfte, die schlechten für die Gettobewohner.

Auf dem Jungfernhof befanden sich nach dem Massenmord noch ca. 450 reichsdeutsche Juden, die ihn nun tatsächlich in einen mustergültigen Bauernhof verwandelten.<sup>54</sup> Sie wurden nach der Ernte 1943 ins KZ Kaiserwald

<sup>52</sup> Gillis-Carlebach: Licht (Anm. 39); Betty Wilner: Erinnerungen an Rabbi Carlebach. In: Miriam Gillis-Carlebach: Jüdischer Alltag als humaner Widerstand 1939–1941. Anhang Nr. 2. Hamburg 1990, 113–117; alle folgenden Angaben aus Gillis-Carlebach: Licht (Anm. 39).

<sup>53</sup> Angrick/Klein (Anm. 44), 344.

<sup>54</sup> Schneider (Anm. 39), 104.

oder das Getto von Riga verlegt. Nur fünfzig Handwerker durften noch ein weiteres Jahr bleiben, bis sie im Juli 1944 ebenfalls nach Kaiserwald gebracht wurden.<sup>55</sup>

Was wissen wir über diejenigen, die vom Jungfernhof in die Arbeitskommandos bzw. in die Gettos und Lager kamen? Eine größere Gruppe Frauen gelangte ins Getto Riga, wo sie zunächst für Schnee- und Aufräumarbeiten eingesetzt wurden; fünfhundert bis sechshundert junge Männer wurden rekrutiert, um zwölf Kilometer weiter das Lager Salaspils aufzubauen,<sup>56</sup> denn der Jungfernhof galt der SS als Arbeitskräftereservoir für dieses Konzentrationslager, in dem nach Rudolf Langes Planungen perspektivisch alle Juden des Großraumes Riga konzentriert werden sollten. Die jüdischen Aufbauarbeiter dort mussten im Freien kampieren, mit bloßen Händen arbeiten und erhielten keine Verpflegung. So gehörten sie bald zu den ersten Todesopfern der „weißen Hölle“,<sup>57</sup> wie die Häftlinge das Lager nannten. Joseph Katz überstand dieses Arbeitskommando und gelangte mit ihm später in das Getto Riga.

Dort hatte die Kommandantur das Gettogelände inzwischen dreigeteilt: Ein Teil blieb leer, ein kleinerer stand den einheimischen und der größere den deutschen Juden zu. Insgesamt – so die spärlichen Quellen – wurden hier ca. 15.000 deutsche und österreichische Juden eingepfercht,<sup>58</sup> die das Getto mit ihren Arbeitskommandos täglich verließen. Im Unterschied zum Jungfernhof existierte im Getto Riga ein Judenrat. Dieser bemühte sich ebenfalls besonders um die Kinder und hatte für sie einen Kindergarten und eine Schule mit zwei Lehrern eingerichtet. Religiöses Leben war im Getto Riga ausdrücklich erlaubt.<sup>59</sup> Doch Sicherheit vor Mordaktionen gab es auch hier nicht: Im Februar und April 1942 fielen 4.400 kranke und arbeitsunfähige Juden des Gettos Riga einer weiteren Massenerschießung zum Opfer, erst da-

---

<sup>55</sup> Ebd., 150.

<sup>56</sup> Zum Aufbau und der Geschichte des Lagers Salaspils siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Salaspils\\_\(Lager\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Salaspils_(Lager)) (Zugriff: 1.5.2014).

<sup>57</sup> Schneider (Anm. 39), 245.

<sup>58</sup> Angrick/Klein weisen auf die Diskrepanzen der Nachkriegsaussagen zur Belegung des Gettos hin, die eine genaue Feststellung der Zahlen nicht erlauben, vgl. Angrick/Klein (Anm. 44), 238.

<sup>59</sup> Vgl. <http://www.hans-dieter-arntz.de/religioesesleben.html>.

nach blieben die übrigen bis zur Auflösung des Gettos im November 1943 verschont.<sup>60</sup>

Das Konzentrationslager Kaiserwald löste das Getto von Riga als Ausgangs- bzw. Durchgangslager für Arbeitskommandos ab. Von dort aus wurden nun die Arbeitskommandos zugewiesen. In der Umgebung existierten viele Zwangsarbeiterlager, die unter Aufsicht der Wehrmacht, der SS oder der jeweiligen Unternehmen standen, für die dort gearbeitet wurde. Der bereits zitierte Leonhard Zimmak, der wie Katz vom Jungfernhof ins Getto Riga gekommen war, leistete beispielsweise in den Autowerkstätten des Heeres-Kraftfuhrparks Zwangsarbeit.

## Theresienstadt

Kehren wir noch einmal zeitlich zurück zum Beginn der Deportationen: Bei den Großtransporten des Jahres 1941 waren nach den Richtlinien, die das Reichssicherheitshauptamt für jede Deportation erließ und den einzelnen Gestapostellen zukommen ließ, die über 65-jährigen, dekorierte Frontkämpfer, Juden aus aufgelösten Mischehen und auch Mitarbeiter der Reichsvereinigung größtenteils zurückgestellt worden. Inzwischen hatten die Machthaber dem Getto Theresienstadt, das eigentlich für tschechische Juden gedacht war, auch die Funktion eines „Altersgettos“ und „Vorzugslagers“ für deutsche Juden zugewiesen. Die deutsch-jüdischen Repräsentanten rechneten sich die Existenz dieses Gettos als ihren Verdienst an. Sie glaubten, die Älteren und Gebrechlichen kämen nun an einen besseren Ort als in die unwirtlichen Gettos im Osten. Dass Theresienstadt ein Durchgangslager in die Vernichtungsstätten Treblinka und Auschwitz war, wussten sie nicht.<sup>61</sup>

Von Juni 1942 bis März 1945 rollten dann Transporte deutscher Juden dorthin, die insgesamt ca. 43.000 Personen umfassten. Aus Hamburg fanden zunächst am 15. und 19. Juli 1942 zwei Großdeportationen mit 1.697 Personen statt, unter ihnen 134 aus Schleswig-Holstein. Wieder hatten etliche be-

---

<sup>60</sup> Gottwaldt/Schulle (Anm. 37), 118.

<sup>61</sup> Beate Meyer: „Altersghetto“, „Vorzugslager“ und Tätigkeitsfeld. Die Repräsentanten der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und Theresienstadt. In: Theresienstädter Studien und Dokumente 2005, Prag 2006, 124–149.

reits in der Hansestadt gelebt, die anderen waren von Sammelplätzen am Tag vor dem Transport dorthin gebracht worden. Für diese und die späteren, kleineren Transporte mussten die Bezirksstellen der Reichsvereinigung mit den Vermögenden unter den zu Deportierenden Heimeinkaufsverträge abschließen, die so abgefasst waren, als wollten sich die Betroffenen in ein Altersheim einkaufen. Ein Großteil der nach Theresienstadt deportierten Jüdinnen und Juden starb bereits im Getto, andere wurden in die Herbsttransporte 1944 eingereiht und nach Auschwitz weiter deportiert und ermordet.

Max Plaut sorgte – erfolgreicher als andere Bezirksstellenleiter – dafür, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner Bezirksstelle dieses „Vorzugslager“ bereits 1942 zugute kam. Zu diesen Privilegierten gehörten auch die des Kieler und des Lübecker Büros und im Juni 1943 dann die letzten „ungeschützten Volljuden“, die in der Hamburger Verwaltungsstelle gearbeitet hatten.

Plaut selbst übrigens verabschiedete sich nach der Deportation im Juni 1943. Seine Arbeit war getan, Judenreferent Götttsche hielt sein Versprechen: Plaut durfte als einziger Bezirksstellenleiter Deutschland legal verlassen. Er gelangte 1944 nach Palästina, überlebte dort und kehrte nach dem Krieg nach Deutschland zurück.

Leonhard Zimmak und seine Leidensgenossen, die unweit von Riga Zwangsarbeit im Fahrzeugpark des Heeres geleistet hatten, wurden Richtung Deutsches Reich zurückverlegt, als die Rote Armee immer weiter vorrückte. Im Februar wurden sie eingeschifft und gelangten nach Hamburg, genauer gesagt ins KZ Fuhlsbüttel. Zimmak, inzwischen durch die Zwangsarbeit zum Elektriker avanciert, kam in ein Arbeitskommando, das in der zerstörten Stadt eingesetzt wurde. Aber noch war der Krieg nicht zu Ende: Zwar übergaben die Stadtoberen Hamburg den alliierten Truppen, doch zuvor wurde das KZ Fuhlsbüttel aufgelöst, und die Häftlinge wurden nach Norden getrieben. Zimmak:

„Am 14. April 45 wurden wir wieder in Marsch gesetzt in Richtung Kiel und sind dort [...] wieder im KZ angekommen. [...] ich selbst war sehr viel gewöhnt, aber Kiel [das Arbeits-erziehungslager Hassee, B. M.] war die Hölle, geleitet von Bestien in Menschengestalt. G[ott] s[ei] D[ank] hat es nicht mehr sehr lange gedauert, denn am 1. Mai 45 wurden wir dort vom

schwedischen Roten Kreuz übernommen und unser Leidensweg hatte ein Ende.“<sup>62</sup>

Für die meisten anderen Hamburger und Schleswig-Holsteiner galt dies glückliche Ende nicht: Von circa zweitausend Schleswig-Holsteiner Jüdinnen und Juden (Stand 1933) waren 1.225 Opfer der Schoah geworden. Von den 19.410 in Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg lebenden (Stand 1933) wurden circa neuntausend aus der Stadt direkt oder aus den europäischen Nachbarländern, in die sie geflüchtet waren, deportiert und ermordet.

---

<sup>62</sup> Zimmak: Briefe (Anm. 41); siehe auch Käthe Frieß: „Es war ein Zug des Jammers.“ Erinnerungen an die Evakuierung jüdischer KZ-Häftlinge im April 1945 nach Kiel. In: Paul/Gillis-Carlebach (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz (Anm. 39), 591–603.